

**Zuwanderung kann das Bevölkerungsproblem nur mildern;
Ökonomen werben für eine Steuerung der Immigration / Entlastung der Sozialkassen /
Zuwanderer sind flexibel und innovativ**

Ökonomen und Bevölkerungsforscher sind sich einig, daß Zuwanderung nur ein Hilfsmittel, nicht aber die Lösung der demographischen Probleme Deutschlands sein kann. Der Grund ist politischer Natur. "Wollten wir die demographischen Ausfälle allein durch Migration ersetzen, haben wir in dreißig Jahren eine Überfremdung, die wahrscheinlich sozial nicht funktionieren wird", sagt Klaus F. Zimmermann, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin.

Um die Bevölkerungszahl und vor allem die Zahl der Arbeitenden zu stabilisieren, müßte Deutschland bis 2050 mehr als 400 000 Menschen jährlich zuwandern lassen - netto. Von 2030 an wären zeitweise mehr als 800 000 Zuwanderer im Jahr nötig. 2001 wanderten netto lediglich 273 000 Menschen zu. "Migration kann nur helfen, die Spitzen des demographischen Problems zu brechen", sagt Thomas Straubhaar, ein Schweizer in Deutschland und Präsident des HWWA-Instituts in Hamburg.

Die Vorteile einer maßvollen Zuwanderung zur Linderung der demographischen Schmerzen liegen freilich auf der Hand. Zuwanderung läßt die Bevölkerung weniger stark schrumpfen, was das Wachstumspotential nachhaltig stärkt. Immigranten sind in der Regel jung und bremsen die Alterung der Gesellschaft. 2001 kamen auf 100 Deutsche im Erwerbsalter 44 Alte über 60 Jahre. Bei einer Nettozuwanderung von 100 000 Menschen pro Jahr stiege dieser Altenquotient bis 2050 auf 85. Würden 300 000 Menschen pro Jahr zuwandern, müßten 100 Erwerbsfähige im Jahr 2050 nur 74 Menschen über 60 Jahre ernähren.

Den Sozialkassen verspricht eine solch verlangsamte Alterung spürbare Entlastung. Der Ökonom Axel **Börsch-Supan** hat berechnet, daß schon eine niedrige Zuwanderung von 125 000 Menschen netto die Rentenbeitragssätze ab 2035 um fast zwei Prozent senken könnte. Ohne Zuwanderung ergäbe sich ein Beitragssatz von etwa 24 Prozent - ohne "Riester-Anteil". **Börsch-Supan** erinnert aber an die Grenzen: "Keineswegs kann die deutsche Sozialpolitik hoffen, daß ihr die Reformen durch Zuwanderung abgenommen werden."

Zu bedenken ist ferner, daß auch Zuwanderer älter werden und sich bezüglich Erwerbsquote und Geburtenrate an die heimische Bevölkerung anpassen. Entscheidend für den Erfolg einer Zuwanderungspolitik ist aber vor allem, daß die Immigranten sich schnell in den Arbeitsmarkt integrieren. Nur dann ist mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß Sozialkassen und Finanzminister von der Zuwanderung profitieren.

Den vollständigen Artikel finden Sie in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 07.08.2003